

Pressemitteilung

Am 22.04. und 23.04.2022 findet der Tag der Bürgerinitiativen in der unteren Halle des Bremer Rathauses statt. Dieses ist eine Premiere für Bremen.

Veranstaltet wird dieser Tag von 17 Bremer Bürgerinitiativen und dem Bürgerverein Oberneuland. Bei den Bürgerinitiativen handelt es sich um „Stadtgestaltung Vegesack“, „Grünes St. Magnus“, „Erhalt der nördlichen Lesumwiesen“, „Oslebshausen und Umzu“, „Mobilitätsfrieden – Findorff“, „Bremer Bahnhofplatz Initiative“, „Platanen am Deich“, „Blumenstraße“, „Kein Hochhaus im Viertel“, „Mobilitätsfrieden – Östliche Vorstadt“, „BürgerInneninitiative PROtest Kornstraße“, „Klimawald Gete-Vahr“, „Pro Unibad“, „Rennbahngelände Bremen“, „Pro Mühlenfeld“, „Querspange Ost – Nein, danke“ und „Leben im Viertel“. Die Bürgerinitiativen haben sich zusammengeschlossen, um Probleme bei der Stadtentwicklung, dem Umweltschutz und der Bürgerbeteiligung, die uns alle betreffen, gemeinsam anzugehen.

Als Einladung zu dem Tag der Bürgerinitiativen ist ein Flyer in Bremen verteilt worden, der als Anhang beigefügt ist.

Die Regierungspolitik in Bremen ist von einem eklatanten Widerspruch zwischen theoretischen Einsichten und praktischem Handeln gekennzeichnet. Deshalb gibt es die Bürgerinitiativen.

- Zu den Wahlversprechen gehörte, dass es keine investorengeleitete Stadtentwicklung mehr geben sollte. In der Praxis passiert das Gegenteil. Investoren planen mit Unterstützung des Senats überall in Bremen Großbauprojekte, die hauptsächlich dazu dienen, Profite zu erwirtschaften, aber das Gegenteil einer geordneten und verantwortlichen kommunalen Stadtentwicklung darstellen. Vorhabenbezogene Bebauungspläne werden von Investoren gleich selbst entworfen und anschließend von der Baudeputation und der Stadtbürgerschaft häufig ohne Aussprache beschlossen.
- Theoretisch sind sich die Parteien in der Bürgerschaft einig, dass der CO₂-Anstieg in Bremen gebremst werden muss. Sogar eine Enquete-Kommission wurde deswegen eingesetzt. Praktisch setzt die regierende Koalition an vielen Stellen der Stadt Abriss- und Neubauvorhaben um, die zu einer gravierenden Zunahme des CO₂-Ausstoßes führen.
- In politischen Erklärungen werden den Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsrechte bei Stadtentwicklungsvorhaben und umweltbezogenen Maßnahmen zugesichert. In der Praxis wird die Beteiligung weitgehend nur formal durchgeführt – die Bürgerinnen und Bürger werden zur Staffage degradiert und werden oft erst dann informiert, wenn andernorts alles entschieden wurde, also bereits alles „in trockenen Tüchern“ ist. Bei diversen Bebauungsplänen gab es eine Vielzahl von sachlich fundierten, von Experten eingebrachten Vorschlägen und Einwendungen, die so gut wie nie beachtet wurden. Aufwendige, durch Spenden der Bevölkerung ermöglichte Fachgutachten zur Frage „Sicherer Hochwasserschutz mit dem Erhalt der Platanen“ von renommierten, bundesweit anerkannten Experten werden nicht aufgegriffen, sondern als untauglich diffamiert.
- Offene Stadtentwicklungsdebatten mit der Zivilgesellschaft über die Nutzung eines Ortes und das Ob und Wie eines Projektes bleiben aus. Ein Beispiel hierfür stellt der Bahnhofplatz dar, der gegen erheblichen Widerstand der Bevölkerung und einer Bürgerinitiative alternativlos bebaut wurde. Hier, vor Bremens größtem Baudenkmal und einem der zentralen Plätze Bremens, wäre es angezeigt gewesen, die Bürger Bremens an der Entwicklung des Platzes zu beteiligen. Zudem werden unter faktischem Ausschluss der Bürgerinnen und Bürger immer wieder unsinnige Entscheidungen getroffen und gegen kritische Einwände verteidigt (Beispiele Verkehr: Martinstraße, Am Wall, übergestülpte Parkraumkonzepte in Quartieren).

- In der Theorie soll die Verwaltung transparent und bürgernah sein. Dazu ist in Bremen ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet worden, damit die Bürgerinnen und Bürger Verwaltungshandeln nachvollziehen können. In der Praxis fehlt die versprochene Transparenz häufig. So werden Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz verschleppt, gar nicht beantwortet oder mit vorgeschobenen Argumenten abgelehnt.

2

- Wir Bremer Bürgerinitiativen wollen, dass sich dieser Politikstil ändert. Er ist für einen Zusammenhalt der Gesellschaft schädlich. Stadtentwicklungsprojekte und die Behandlung der Umwelt müssen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen, nicht von oben herab und gegen sie. Die Ausbootung der Bürgerinitiative „Rennbahngelände“ vom Runden Tisch ist ein besonders negatives Beispiel. Hier ist offenbar von der Politik beabsichtigt, den Ausgang des Volksentscheids zu ignorieren.

Wie es besser gemacht werden könnte, soll auf dem Tag der Bürgerinitiativen aufgezeigt werden.

Der Tag der Bürgerinitiativen wird am Freitag, 22.04.2022, um 16.00 Uhr in der unteren Rathaushalle eröffnet. Es wird ein Grußwort des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Frank Imhoff geben, daran anschließend eine kurze Eröffnungsansprache durch den Sprecher der Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“, Ingo Kramer.

Zum Auftakt des Tages der Bürgerinitiativen findet dann nach der Eröffnung am 22.04.2022 eine **öffentliche Podiumsdiskussion** statt. Hilde Kohake (Bürgerinitiative „Mobilitätsfrieden – Östliche Vorstadt“), Andreas Sponbiel (Bürgerinitiative „Rennbahngelände Bremen“) und Dieter Winge (Bürgerinitiative „Oslebshausen und umzu“) diskutieren mit Axel Adamietz, Mitgründer der Bremer Grünen Liste, ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter und Mitglied der Bürgerinitiative "Kein Hochhaus im Viertel", Muhammet Tokmak, Mitglied der Bürgerschaft und SPD-Sprecher für Bürgerbeteiligung und Christoph Spehr, Sprecher des Bremer Landesverbands der Linken und Baudeputierter.

Moderiert wird die Podiumsdiskussion von dem Architekten und Stadtplaner, Professor Gottfried Zantke. Themen der Podiumsdiskussion werden Stadtentwicklung, Umweltschutz, Bürgerbeteiligung und Transparenz sein.

In der unteren Rathaushalle haben die einzelnen Bürgerinitiativen ihre **Stände**. Dort informieren die Initiativen und der Bürgerverein Oberneuland über die Projekte, mit denen sie sich befassen. Jede und jeder Interessierte kann dort lesen, um was in Bremen gestritten wird, und sich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen an jedem Stand unterhalten, Fragen stellen und Erkundigungen einholen.

Es wird geschichtliche Erinnerungen zu erfolgreichen Bürgerinitiativen geben, es werden Filme gezeigt, es gibt Rahmenprogramme und es finden weitere Podiumsdiskussionen statt, bei denen Bürgerinitiativen die aktuelle Lage zu Vorhaben schildern, mit denen sie befasst sind.

Die Öffnungszeiten des Tags der Bürgerinitiativen sind am Freitag, 22.04.2022, von 16.00 Uhr bis 20.00 Uhr und am Samstag, 23.04.2022, von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr.